

Budget 2024

Das Land des immerwährenden Defizits

SPARGIRO-KONTOAUSZUG

Kontonummer	Alter Saldo	Neuer Saldo	Vermerk
6732 - 40 - 32499	-366.200.000.000	-386.100.000.000	
Erf.-Tag	Umsätze	Buchungstext	Buchungstag
31.12.2024	102.600.000.000,-	Einzahlungen	31.12.2024
31.12.2024	123.500.000.000,-	Auszahlungen	31.12.2024

Ag 300/5553/80 (87/9) 3621 |

Eigentlich müsste Magnus Brunner (ÖVP) der glücklichste Finanzminister der Zweiten Republik sein. War die erste Budgetrede noch von der Corona-Krise und den damit einhergehenden Hilfspaketen geprägt, dominiert mittlerweile die Teuerung. Was für die privaten Haushalte für wenig Begeisterung sorgt, füllt die Staatskassen im Rekordtempo.

Ohne Zutun schwimmt der Staat in unerwarteten Geldmengen; und das in Zeiten der Rezession. Wären da nur nicht die Begehrlichkeiten der anderen Minister und Landeshauptleute. Die Inflation treibt nicht nur die Einnahmen, sondern treibt auch die Ausgaben in luftige Höhen. Da wären aber auch noch die milliarden schweren Altlasten. In seiner zweiten Budgetrede wird der Finanzminister den Bürgern erklären müssen, wie der Staat die großen Kostentreiber in den Griff bekommen will. Vieles spricht dafür, dass wir in alte Verhaltensmuster verfallen. Das heißt: Mehr Schulden sollen es richten. Das könnte aber ins Auge gehen: In Anbetracht steigender Zinsen spekuliert die Regierung auf Kosten der Zukunft des Landes.

Auf einen Blick

Was den Konsumenten große Sorgen bereitet, führt beim Finanzminister zu prallen Kassen – **die steigenden Preise**. Trotz Senkung der Körperschaftsteuer, der Tarifreform in der Lohnsteuer und der Abschaffung der kalten Progression **erreichen die Einnahmen Österreichs noch nie dagewesene Dimensionen**. So bleiben im Jahr 2024 dem Bund nach den Überweisungen an Länder, Gemeinden und EU erstmals mehr als 100 Milliarden Euro an Einzahlungen.

Doch die Regierung hält mit der hohen Inflation Schritt: **Sie gibt das Geld auch noch schneller aus, als es hereinkommt**. Knapp 103 Milliarden Euro an Einzahlungen stehen 124 Milliarden Euro an Auszahlungen gegenüber. Während Staaten wie Schweden oder Dänemark die hohen Einnahmen zu ausgeglichenen Haushalten und Budgetüberschüssen nutzen, schreibt Österreich Jahr für Jahr rote Zahlen. Nach 17 Milliarden Euro Defizit heuer im Bundeshaushalt ist es im kommenden Jahr 2024 mit knapp 21 Milliarden Euro sogar noch einmal deutlich höher. Getrieben wird die Regierung dabei auch von der Opposition, die ebenfalls nicht mit Ideen geizt, wie das viele (Inflations-)Geld schnell wieder verteilt werden könnte – von Mehrwertsteuersenkungen bis hin zu noch höheren Sozialleistungen und Preiseingriffen.

Was mit einem Sonderbudget in der Corona-Krise begann, hat sich zur neuen Normalität entwickelt. Wer gedacht hat, dass die Republik die Staatsausgabe nach der Pandemie wieder auf das Vorkrisen-Niveau zurückführen wird, hat sich geirrt. Jedes Jahr wird der Staat mehr Geld ausgeben als in den Krisenjahren 2020 und 2021. Die Politik hat zu großen Gefallen daran gefunden, allen Bürgern in jeder Lebenslage zur Seite zu springen.

Die Ausgabenexzesse wieder zu stoppen, wird schwer. Hilfen in Milliardenhöhe werden mittlerweile von allen Seiten eingefordert – als wären sie das Normalste der Welt. Auch die Unternehmen, die sonst bei jeder Gelegenheit den stark intervenierenden Staat kritisieren, halten freudig die Hände auf. Mit Energiekostenzuschuss und Chips Act ist der Anstieg bei den Subventionen stärker als für Wissenschaft und Forschung.

Zahlen müssen wir das früher oder später alle. Zumal die Regierung mit den hohen Staatsausgaben die Inflation immer weiter befeuert. Die Ausgabenwut will auch finanziert werden. Damit rücken steuerliche Entlastungen der Bürger, ausgeglichene Budgets oder gar Schuldenreduktion in weite Ferne. Der Staat bleibt auch in Zukunft ein wichtiger Spieler im österreichischen Alltag. Das alles in einer Zeit, in der das Geld nicht mehr gratis aus Frankfurt kommt.

Ein weiterer Grund für die immer rasanter steigenden Staatsausgaben sind auch die vergessenen strukturellen Reformen im Land.

— **Das beginnt mit einer ineffizienten Finanzierung des Staates.** Mit den Verhandlungen über den Finanzausgleich verfügt der Finanzminister alle paar Jahre über ein Druckmittel, um für mehr Effizienz in den Gebietskörperschaften zu sorgen. Und alle paar Jahre grüßt das Murmeltier, weil die Chance für wirkliche Verbesserung liegen gelassen wird. Wir leben im teuersten aller möglichen föderalen Systeme. Die Landesfürsten beglücken ihre Untertanen mit Wohltaten, die der Bund bereitstellt – finanziert von den Steuerzahlern heutiger und künftiger Generationen. Die Chance, die Länder und Gemeinden über mehr Finanzautonomie zu mehr Effizienz bei den Ausgaben zu bewegen, wurde wieder nicht genutzt. Stattdessen wird der Bund ab 2024 zusätzlich mehr als drei Milliarden Euro jährlich an die Gebietskörperschaften überweisen.

— **Einmal mehr verpasst wurde auch eine Reform des Arbeitslosengeldes.** Nach wie vor können Arbeitssuchende zeitlich unbegrenzt 500 Euro im Monat steuer- und abgabenfrei dazu verdienen. Das schwächt den Anreiz, sich rasch eine Vollzeitstelle zu suchen. Einen ersten Schritt will die Regierung bei der Kinderbetreuung unternehmen, um so mehr Frauen den Schritt von der Teilzeit zu einer Vollzeitbeschäftigung zu erleichtern. Das ist richtig und wichtig. Eine große Priorität nimmt letztere aufgrund der hierfür vorgesehenen Volumina in Österreich wohl dennoch nicht ein. Zudem ist wichtig, dass das Geld auch tatsächlich die Ganztagsbetreuung verbessert und nicht im System versickert.

— **Blind ist die Regierung nach wie vor auf dem Auge der Demografie.** Pensionen und Pflege werden die Ausgaben auch in Zukunft in die Höhe treiben, dafür braucht man hierzulande gar keine Krisen. In den Jahren 2023 bis 2027 müssen knapp 160 Milliarden Euro aus dem Budget zugeschossen werden, um das Defizit des staatlichen Pensionssystems abzudecken. Bereits jetzt muss fast jeder vierte (22,1 Prozent) Budgeteuro dafür aufgewendet werden. Zwar wurden den Pensionisten heuer „nur“ die Inflation abgegolten. Allerdings kann sich die Bevölkerung auch das nicht leisten. So steigt der Zuschuss aus Bundesmitteln zwischen 2023 und 2027 um knapp 40 Prozent. Zudem sind angesichts der bevorstehenden Wahlen weitere Geldgeschenke zu erwarten.

Dabei wäre die budgetäre Bombe leicht zu entschärfen, indem die Bevölkerung einen Teil der steigenden Lebenserwartung mit Arbeit verbringt.

Leidtragende der budgetären Planungen sind einmal mehr die jüngeren Jahrgänge. Sie werden morgen für die fehlende Budgetdisziplin der Politik von heute bezahlen.

Österreich wird bis zum Jahr 2027 Schulden im Ausmaß von 435 Milliarden Euro angehäuft haben. Allein der Bund wird zwischen 2023 und 2027 rund 91 Milliarden Euro aufnehmen, um seine Ausgaben finanzieren zu können. Die neuen Schulden sind Ausdruck eines neuen Selbstverständnisses des Staates: Ohne staatliche Zuschüsse läuft gar nichts mehr. Die aktuelle Regierung wird im Namen des Volkes rund 100 Milliarden Euro an neuen Schulden aufgenommen haben. Das sind mehr als 11.000 Euro je Bürger.

Allerdings ist die Zeit des Gratis-Geldes vorbei, **die Kosten für die hohen Staatsschulden werden schon bald im Budget sichtbar sein.** Die Zinsbelastung wird sich im Bundesbudget von 3,2 Milliarden Euro im Jahr 2021 auf 9,8 Milliarden Euro bis zum Jahr 2027 verdreifachen.

Positiv ist, dass die Regierung die Finger von neuen Steuern lässt. Wenn es an einem in Österreich garantiert nicht fehlt, dann sind es Steuern. Auch dank der Abschaffung der kalten Progression konnte die Kaufkraft der österreichischen Haushalte trotz der hohen Teuerung stabilisiert werden. Mit der CO₂-Besteuerung nutzt die Regierung den Markt, um die Klimaziele zu erreichen. Zur Klimarettung auf die Vorteile des Marktes zurückzugreifen ist der Teuerung glücklicherweise nicht zum Opfer gefallen.

Einleitung

Das Jahr 2024 wird auch in Österreich von gewaltigen Unsicherheiten geprägt sein. Das Land steckt in einer unangenehmen „Stagflation“ – einer Kombination aus einer stagnierenden bzw. schrumpfenden Wirtschaft bei gleichzeitig hoher Teuerung. Ob es der Geldpolitik gelingt, das Land aus dieser unerfreulichen Lage zu befreien, steht in den Sternen. Zumal die geopolitische Lage durch weitere Konflikte aufgeheizt wird. Unter diesen Voraussetzungen und den anstehenden Wahlkämpfen auf europäischer und nationaler Ebene ist das Budget 2024 mit einer großen Vorsicht zu genießen. Bereits im Vorfeld dämpfte Finanzminister Magnus Brunner die Erwartungen und ließ verlautbaren, dass sein Haus auch in den kommenden Jahren mit keinem ausgeglichenen Haushalt rechnet. Das klingt schon mal ambitionierter.

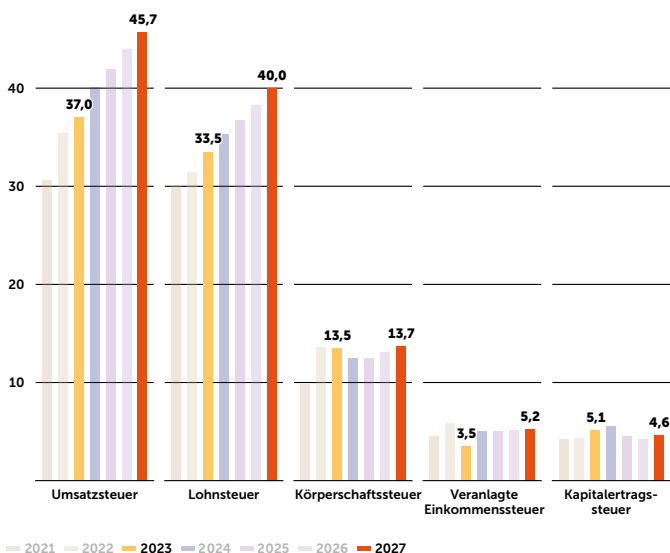
Die Einnahmenseite: Geld ohne Ende

Die gute Nachricht für Finanzminister Brunner ist, dass der Staat selbst bei nachlassenden Inflationsraten noch weiter steigende Einnahmen verzeichnet. So werden die Einnahmen 2023 noch einmal einen kräftigen Sprung nach oben machen. Auch in den Jahren danach werden insbesondere die Einnahmen aus Umsatz- sowie Lohnsteuer deutlich zulegen. Lagen die Einnahmen aus Umsatz- und Lohnsteuer im Jahr 2021 noch nahezu gleichauf, werden im Jahr 2027 knapp 46 Milliarden Euro an Umsatz- sowie 40 Milliarden Euro an Lohnsteuereinnahmen erwartet.

Abb. 1: Steigende Einnahmen bei den wichtigsten Steuern

Inflation treibt Steuereinnahmen auf Rekordhöhe

– Einzahlungen in Milliarden Euro



Quelle: Eigene Berechnungen, BMF.



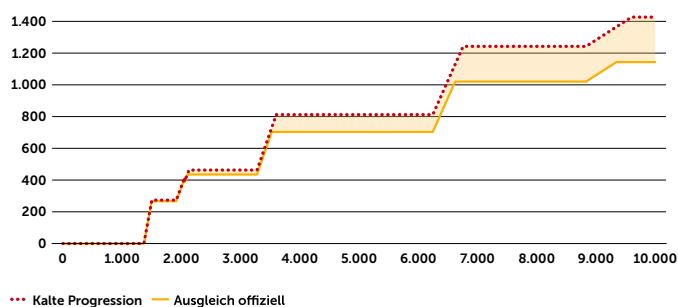
Dabei werden die Steuereinnahmen des Gesamtstaats auch im Jahr 2024, trotz Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 24 auf 23 Prozent, der Steuertarifsenkung der dritten Stufe von 41 auf 40 Prozent und der Rückerstattung der Einnahmen aus der kalten Progression, mit 114 Milliarden Euro abermals die 100 Milliarden Euro-Marke überschreiten. Ein erheblicher Teil hiervon geht als Ertragsanteile an die Länder und Gemeinden.

Sehr erfreulich ist, dass sich der Finanzminister von seiner heimlichen Geliebten getrennt hat: der kalten Progression. Diese versteckte Inflationssteuer hätte in Zeiten hoher Inflationsraten zu einer deutlichen Mehrbelastung und damit zu Kaufkraftverlusten der Arbeitnehmer im Land geführt. Für die Abschaffung im Vorjahr gebührt Finanzminister Magnus Brunner Lob und Anerkennung. Gleichwohl erweist sich jener Teil, der nicht automatisch den Bürgern zurückgegeben wird, als zunehmend problematisch. Die Gruppe der Besserverdiener zahlt weiterhin Inflationssteuer. Statt ihnen das Geld zurückzuerstatten, wird es für Umverteilungsmaßnahmen und die Erreichung anderer politischer Zielsetzungen missbraucht. Das schmälert die Leistungsbereitschaft all jener, die von der ÖVP gerne als Leistungsträger beschrieben werden.

Abb. 2: Wen die kalte Progression weiterhin belastet

Wird die kalte Progression wirklich ausgeglichen?

– in Euro nach Bruttomonatseinkommen



Quelle: Eigene Berechnungen.

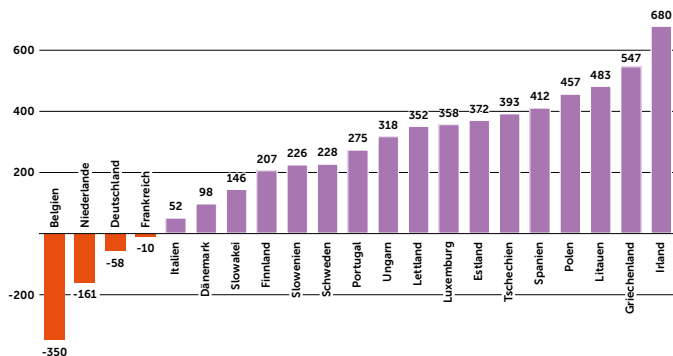


Trotz der weitgehenden Abschaffung der kalten Progression bleibt die Abgabenlast auf den Faktor Arbeit hierzulande im internationalen Vergleich im absoluten Spitzenfeld. Nur in Belgien und in Deutschland bleibt den Arbeitnehmern noch weniger von ihren Arbeitskosten als in Österreich. Im Ranking der OECD und unter Berücksichtigung aller Versicherungspflichten liegt Österreich damit auf Platz fünf. Das heißt: Es fehlt nach wie vor eine strukturelle Lohnsteuerreform, die die Arbeitnehmer nachhaltig entlastet.

Abb. 3: Wie tief der Staat den Arbeitnehmern in die Tasche greift

Wo Arbeitnehmern netto mehr bleibt

– im Vergleich zu Österreich, in Euro pro Monat



Quelle: Eigene Berechnungen, OECD.

Anmerkung: Abgabenbelastung jeweils berechnet für einen durchschnittlichen, ganzjährig vollzeitbeschäftigten Single (in Österreich 3.762 Euro Bruttomonatseinkommen, in den anderen Ländern jeweils der dortige Durchschnitt) im Jahr 2022 unter Berücksichtigung sonstiger Bezüge (Urlaubs- und Weihnachtsgeld) sowie verpflichtender privaten Pensionsversicherungen.



Nachdem im Vorjahr mit der CO₂-Bepreisung eine neue Steuer eingeführt wurde, sind heuer keine weiteren Abgaben hinzugekommen. Mit Ausnahme der Umstellung der ORF-Gebühr auf eine verpflichtende Haushaltsabgabe. Das ist erfreulich. Dabei fehlt es nicht an den Rufen nach neuen Steuern. Hoch im Kurs stehen einmal mehr die Wiedereinführung von Erbschafts- und Vermögensteuern. Besonders lautstark wird sie von der SPÖ gefordert, in deren Regierungsverantwortung sie – aus guten Gründen – einst abgeschafft wurde. So resümierte Ex-Finanzminister Lacina (SPÖ) über die Besteuerung von Vermögen: „Das war also absolut sinnlos.“ Die Steuer hat in der Einhebung fast so viel gekostet, wie sie gebracht hat. Zudem wurden auch Unternehmen mit Verlusten besteuert.

Auch wenn die Bundesregierung der Einführung neuer Steuern widerstanden hat, wurde die Möglichkeit, die Struktur der Steuereinhebung effizienter zu gestalten, verpasst. Österreichs Föderalismus funktioniert nach dem Prinzip, dass der Bund fast alle Steuern den Bürgern abknöpft, während Länder und Gemeinden das Geld freudig und in immer größerem Stil verteilen. Eine stärkere Finanzautonomie wie in der Schweiz würde dem Staat die Möglichkeit geben, die Bürger zu entlasten oder mit dem gleichen Geld deutlich bessere Leistungen anzubieten. Länder und Gemeinden müssten einen höheren Teil ihrer Ausgaben selbst über Steuern einheben. Die Finanzausgleichsverhandlungen wären dafür der entscheidende Hebel, die Einnahmen- und Ausgabenverantwortung näher zueinander zu bringen. Mehr Macht braucht eben auch mehr Verantwortung.

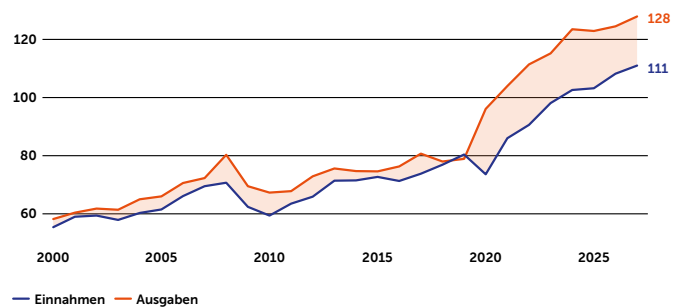
Leider ist diese Gelegenheit auch dieses Jahr wieder verstrichen. Die Zeit war angesichts der bevorstehenden Nationalratswahlen auch nicht wirklich günstig.

Kurz zusammengefasst: Ein Budget, das dank der Teuerung über viel mehr Geld verfügt, als sich Finanzminister vor Jahren noch zu träumen erhofften. Allerdings wachsen mit den finanziellen Möglichkeiten auch die Begehrlichkeiten. Auch für das Budget 2024 gilt: Österreich hat kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem. Die Ausgaben werden genauso schnell steigen wie die Einnahmen. Würde Österreich auf die Vor-Corona-Staatsquote zurückkehren, ersparten sich die Bürger 14 Milliarden Euro an Steuern und Abgaben. Damit ließe sich die Belastung des Faktors Arbeit auf das durchschnittliche Niveau in der EU senken. Das schafft keine neue Steuer der Welt. Aber genau dazu fehlt der politische Wille.

Abb. 4: Die Einnahmen und Ausgaben des Bundes

So viel mehr gibt der Bund aus

– die Einnahmen und Ausgaben des Bundes, in Milliarden Euro



Quelle: BMF, OeNB.

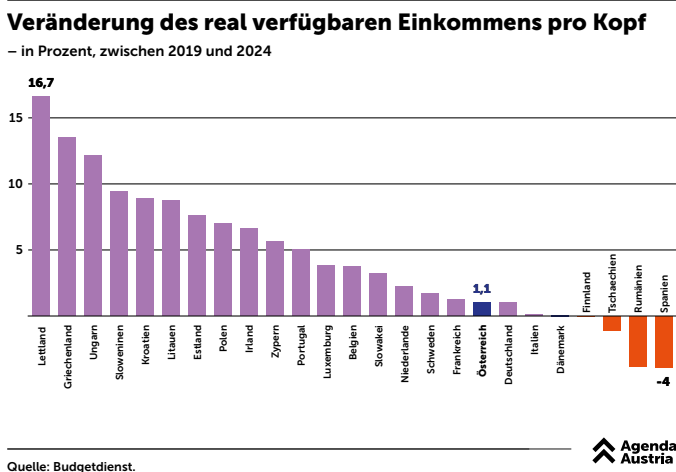
**Die Schaffung einer Nachfrage nach Staatshilfen, die zuvor nie jemand gebraucht hat**

Was heutzutage noch „normal“ ist, wurde im Sommerloch ausführlich debattiert. Völlig „normal“ ist mittlerweile das Ausmaß der Bundesausgaben aus dem Ausnahmejahr 2020. Seither liegen die Ausgaben des Bundes stets über der 100-Milliarden-Euro-Grenze. Private Haushalte wie auch Unternehmen haben sich schnell daran gewöhnt, zusätzlich zu den marktwirtschaftlich lukrierten Einkünften auch vom Staat Geld zu bekommen. Hängt man erst einmal am Staatstropf, gewöhnt man sich schnell daran und fordert immer neue Hilfen. Das Leben hält schließlich immer neue Unannehmlichkeiten für uns bereit. Nun ist es völlig richtig, dass der Staat einkommensschwache Haushalte angesichts der rasant steigenden Preise nicht im Regen stehen lässt. Es gehört zum Grundkonsens einer sozialen Marktwirtschaft, dass niemand in seiner kalten

Wohnung bei Kerzenlicht auf bessere Zeiten hoffen muss. Klar ist aber auch, dass nicht das ganze Land aus Bedürftigen besteht. Der Staat sollte nicht mit der Gießkanne über alle Einkommenschichten hinweg Geld verteilen, sondern gezielt jenen helfen, die es ohne die Hilfe der Solidargemeinschaft nicht schaffen. Aber es ist absurd, in einem Jahr mit knapp fünf Prozent Realwachstum großflächig Staatshilfen zu gewähren. Dennoch werden laut Strategiebericht 2024 bis zum Jahr 2027 jedes Jahr mehr Gelder ausgegeben werden als es im Krisenjahr 2020 der Fall gewesen ist. Auch in Relation zur Wirtschaftsleistung sinken die Bundesausgaben gegenüber dem Krisenjahr 2020 kaum und verweilen deutlich über dem Vorkrisenniveau.

Ungeachtet der aktuellen politischen Debatten über die vermeintliche Verarmung der breiten Mitte sind die realen verfügbaren Einkommen auf breiter Front gestiegen. Und sie tun es zu einem großen Teil weiter, nicht zuletzt wegen der Staatshilfen. Obwohl sich angeblich hunderttausende in Österreich keine warme Mahlzeit mehr leisten können, konsumieren wir mehr als vor der Krise – nicht nur nominell, sondern auch real.

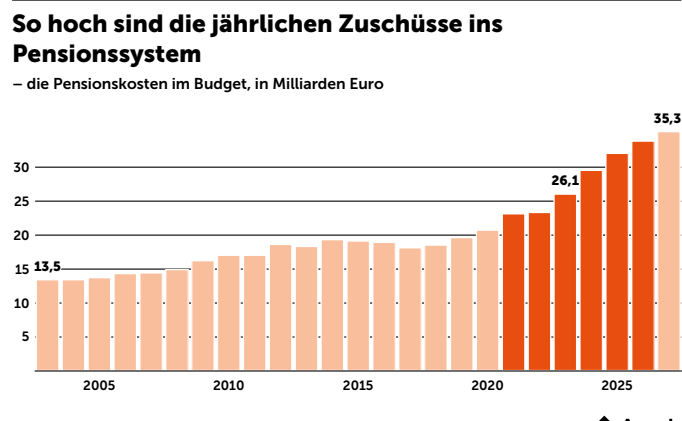
Abb. 5: Entwicklung der Realeinkommen im internationalen Vergleich



Unter der Berücksichtigung der Corona- sowie Teuerungskrise werden die realen Einkommen pro Kopf Prognosen zufolge in Österreich um 1,1 Prozent zwischen 2019 und 2024 gestiegen sein. Damit liegt das Land im unteren Mittelfeld der EU, aber deutlich vor jenen Ländern wie Spanien oder Frankreich, die in den Preismechanismus eingegriffen haben. Vernachlässigt man den Rückgang der Vermögenseinkommen, liegt der Zuwachs sogar mit 5,3 Prozent noch besser.

Jedoch verblassen die Kosten der krisenbedingten Antiteuerungsmaßnahmen, wenn man sie mit dem Pensionsloch vergleicht. Letzteres zeigt die Differenz zwischen den Einzahlungen in das staatliche Pensionssystem und den Auszahlungen an die Pensionisten. Derzeit müssen 26 Milliarden Euro aus dem Budget in das Pensionssystem zugeschossen werden. Das ist mehr als eine Corona-Krise, mit dem Unterschied, dass die „Pensionskrise“ jedes Jahr anfällt. In den Jahren 2023 bis 2027 werden dafür knapp 160 Milliarden Euro nötig werden. Besonders fatal: Auch im kommenden Jahr wird wieder mehr Geld für die Ruhegehälter ehemaliger Beamter ausgegeben, als der Staat für die Bildung unserer Kinder investiert. Selbst der Rechnungshof bezeichnete die nachhaltige Finanzierbarkeit des Pensionssystems erst kürzlich als gefährdet. Die Lösung wäre denkbar einfach: Wir müssten nur etwas mehr von der steigenden Lebenserwartung mit Arbeit verbringen. Stattdessen werden die jährlichen Mehrbelastungen zwischen 2023 und 2027 durch das Pensionsloch in Höhe von durchschnittlich 7,7 Milliarden Euro höher ausfallen als die Schwerpunkte der Regierung (Entlastungen der Haushalte, Wirtschaftsstandort, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, Klima und Transformation sowie Sicherheit) in Summe mit rund sieben Milliarden Euro jährlich.

Abb. 6: Die jährlichen Pensionszuschüsse

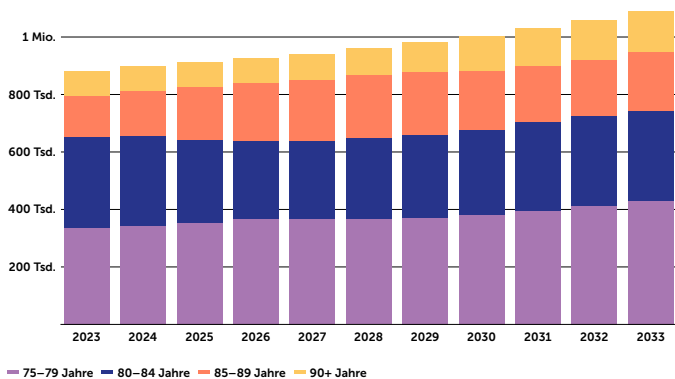


Die demografische Mehrbelastung macht leider nicht bei den Pensionen halt. Auch für die Pflege werden wir in Zukunft aufgrund der Alterung deutlich mehr aufwenden müssen. Allein im Jahr 2024 steigen die Aufwendungen des Bundes für Pensionen um 16 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Abb. 7: Alterung führt zu mehr Pflegebedarf

Demografie treibt Pflegebedarf

– Bevölkerungsentwicklung nach Altersgruppen, in Person



Quelle: Eigene Berechnungen, Statistik Austria.



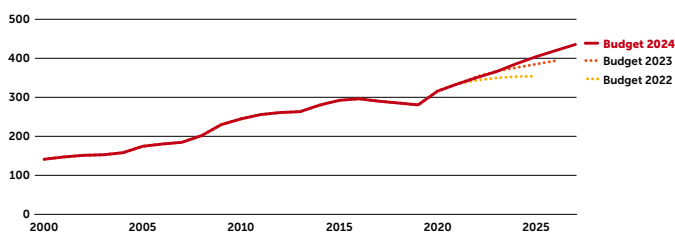
Schulden: Politik auf Kosten der Zukunft

91 Milliarden Euro wird die Bundesregierung von 2023 bis einschließlich 2027 an neuen Schulden aufnehmen. Damit steigt der Schuldenberg ungebremst weiter an. Selbst den durch die Inflation bedingten Einnahmenschub wusste die Regierung gekonnt zu verteilen, statt die Gelegenheit zu nutzen, die Ausgaben schwächer wachsen zu lassen als die Einnahmen.

Abb. 8: Die Entwicklung der Staatsschulden seit 2000

Staatsschulden

– in Milliarden Euro



Quelle: BMF.

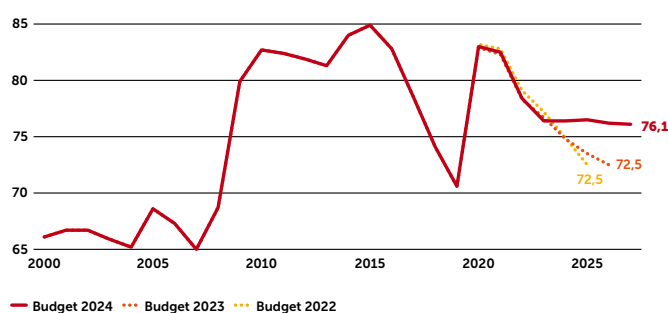


Die Republik Österreich hat in den vergangenen 50 Jahren einen einzigen Überschuss geschafft – dennoch sieht die Schuldenquote gar nicht so schlimm aus. Wie das möglich ist? Die Antwort: Inflation. Aufgrund der hohen Teuerung braucht es kein großes Realwachstum, um das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) steigen zu lassen. Die Schulden werden im Verhältnis zum nominellen BIP gezeigt, womit die Schuldenquote in Zeiten hoher Inflation sinkt, obwohl auch die Schulden immer weiter steigen. Sie müssen nur langsamer wachsen als das „inflationierte“ nominelle BIP. In einfachen Worten ausgedrückt: In der Schuldenquote werden die Schulden einfach weginflationiert.

Abb. 9: Wie sich die Staatsschulden relativ zum BIP entwickelt haben

Abkehr vom Schuldenabbau

– Staatsverschuldung in Prozent des BIP



Quelle: BMF.



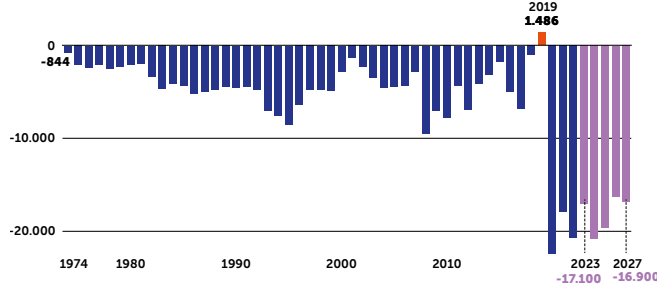
Bei der Neuverschuldung stechen besonders die Jahre 2022 und 2024 mit jeweils mehr als 20 Milliarden an neuen Schulden hervor. 2024 wird jeder sechste ausgezahlte Euro des Budgets über Schulden auf Kosten der Zukunft getätigt werden. Dass der Bund in jedem der kommenden fünf Jahre Defizite in zweistelligem Milliardenbereich plant, entbehrt jeglicher Ambition, den Bundeshaushalt auf solide Füße zu stellen. Der Staat hat also seine Ausgabenprogramme nach Corona nicht zurückgefahren. Zum Teil hat er den Staatshilfen nur ein neues Etikett verpasst. Aus der Coronaprämie wurde die Teuerungsprämie. Das Corona-Niveau ist damit zum neuen, „normalen“ Ausgabenniveau geworden.

Allein die mit Krisen argumentierten Entlastungen summieren sich auf vier Milliarden Euro. Nicht neu sind die (dieses Mal zumindest überschaubaren) Pensionserhöhungen, obwohl aus dem Budget bereits jetzt jährlich rund 30 Milliarden Euro zugeschossen werden müssen, um das staatliche Rentensystem solvent zu halten. Zahlen wird das alles nicht der Staat. Zahlen werden das die Steuerzahler, nicht zuletzt jene, die heute noch die Schulbank drücken.

Abb. 10: Defizit oder Überschuss des Bundes

50 Jahre und ein Überschuss im Bundeshaushalt

– Überschüsse und Defizite, in Millionen Euro



Quelle: BMF, OeNB.

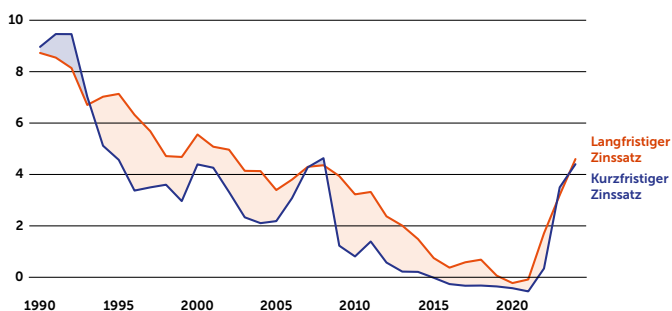


Während die Europäische Zentralbank (EZB) dem Finanzminister in den Vorjahren noch mit ihrer Niedrigzinspolitik entgegengekommen ist, hat sie im laufenden Jahr auf die stark gestiegene Inflation reagiert und endlich den Leitzins angehoben. Das WIFO geht in seiner aktuellen Prognose für das Jahr 2024 von einem Hauptrefinanzierungssatz in Höhe von 4,5 Prozent aus – nach einer fast 15-jährigen Phase an Nullzinsen. Damit steigen sukzessive auch die Zinsen für österreichische Staatsanleihen. Die Neuverschuldung wird für die Bürger deutlich teurer als für seine Vorgänger.

Abb. 11: Die Entwicklung der Zinssätze

Entwicklung der Zinssätze

– in Prozent



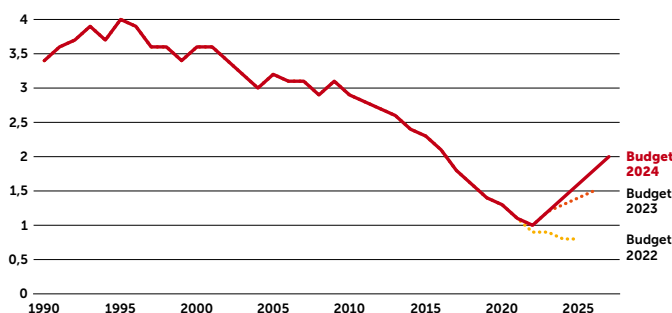
Quelle: Eigene Berechnungen, OECD, WIFO.



Abb. 12: Steigende Zinskosten für den Staat

Gesamtstaatliche Zinsausgaben

– in Prozent des BIP



Quelle: Eigene Berechnungen, BMF.



Glücklicherweise konnte der Staat zuletzt auch die Laufzeit seiner Schuldtitel deutlich verlängern. Dadurch kann der Staat auch in den kommenden Jahren noch vom Niedrigzinsniveau des vergangenen Jahrzehnts profitieren. Ein strategischer Vorteil gegenüber anderen Ländern wie beispielsweise Italien. Besser wäre es aber gewesen, die Regierung hätte die lange Atempause genutzt, um die Ausgabenstruktur in Ordnung zu bringen und damit die langfristige Neuverschuldung einzudämmen.

Empfehlungen

Auch in den kommenden Jahren wird Österreich ein Steuer- bzw. Abgabenparadies bleiben. Allerdings nicht für die Steuerzahler, sondern für den Staatshaushalt. Bei künftigen Hilfszahlungen sollte der Staat darauf achten, zielgerichtet zu unterstützen. Milliarden schwere Gießkannenprogramme entlasten die Menschen nur scheinbar. Sie zahlen sich diese Programme schlussendlich selbst. Die Ausgabenwut gepaart mit dem demografischen Wandel führen auf Sicht zu einem gravierenden Finanzierungsproblem im Staatshaushalt und einer sinkenden Bereitschaft der Menschen, sich einzubringen. Wir sehen bereits heute, dass viele Menschen auch angesichts der aktuellen Steuerbelastung nicht mehr bereit sind, Vollzeit zu arbeiten. Dies hat jedoch schwerwiegende Konsequenzen für den Sozialstaat. Ohne strukturelle Reformen werden immer weniger Menschen den Sozialstaat schultern müssen. Es braucht eine nachhaltige Trendwende.

Damit künftig in guten Jahren regelmäßig Überschüsse anfallen, braucht es eine glaubwürdige und strenge Ausgabenbremse.

— **Eine strenge Ausgabenbremse einführen:** Österreich hat noch immer ein Ausgaben- und kein Einnahmenproblem. Damit künftig in guten Jahren regelmäßig Überschüsse anfallen, braucht es eine glaubwürdige und strenge Ausgabenbremse. Vorbild könnte hier Schweden sein: Dort gibt es seit dem Jahr 2010 für den Bund und das Pensionssystem ein Überschussziel von einem Prozent des BIP. Weil diese Vorgabe für den Zeitraum eines ganzen Konjunkturzyklus gilt, ist das Land in Krisenzeiten dennoch handlungsfähig. Begleitet wird die Regel von einer Ausgabenbeschränkung. Hierbei wird im Parlament das Budget für mindestens drei Jahre unter der Prämisse des Überschussziels beschlossen. Die Schweiz hat bereits 2001 in einer Volksabstimmung die Einführung einer Schuldenbremse eingeführt. Gebremst werden aber nicht die Schulden, sondern die Ausgaben. Der Mechanismus ist denkbar einfach: Die Ausgaben des Bundes dürfen die prognostizierten Einnahmen nicht überschreiten. Letztere werden um konjunkturelle Schwankungen bereinigt: In Zeiten

wirtschaftlicher Hochphasen darf weniger ausgegeben werden, in Krisenzeiten mehr. Einzige Bedingung: Die Mehrausgaben müssen innerhalb einer festgelegten Frist von sechs Jahren wieder hereingespielt werden.

— **Einen Haushaltsplan für die Ressorts einführen:** Um Budgetdisziplin zu verankern, sollte ein Haushaltsplan für die kommenden fünf Jahre den Ressorts die öffentlichen Gelder je nach Bedarf zuteilen. Dieser Haushaltsplan definiert die maximal zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel für diesen Zeitraum. Anders als bisher müssen aber Mehrausgaben aus einem Jahr in den folgenden Jahren kompensiert werden. Solange die Verschuldung bei über 60 Prozent relativ zum BIP liegt, sollte der Anstieg der gesamten Ausgaben die allgemeine Teuerung nicht übersteigen. Exit-Klauseln erlauben weiterhin das Aussetzen in Krisenjahren.

— **Die Pensionsreform in Angriff nehmen:** Ein späterer Austritt aus dem Arbeitsleben wirkt sich positiv auf die Finanzierung des Pensionssystems aus: Menschen, die länger arbeiten, zahlen während dieser Zeit weiter Pensionsversicherungsbeiträge ein. Vergessen wird aber oft der belastende Teil des späteren Antritts: Durch das längere Arbeitsleben werden auch höhere Pensionsansprüche erworben, die entsprechend auch ausbezahlt werden und damit die Gesamtausgaben zukünftig ansteigen lassen. Ein späterer tatsächlicher Pensionsantritt reduziert damit das Defizit im Pensionssystem nicht nachhaltig, sondern verschiebt die Problematik in die Zukunft. Deshalb muss das gesetzliche Antrittsalter steigen. Das gesetzliche Pensionsantrittsalter sollte zu Beginn auf 67 Jahren erhöht werden. Anschließend wäre eine automatische Anpassung an die Lebenserwartung notwendig.

— **Arbeitswilligkeit belohnen:** Die kalte Progression gehört zur Gänze automatisch für alle abgeschafft. Also auch für jene, die diese auch spüren. Es kann nicht sein, dass die Regierung das Ende der kalten Progression groß inszeniert, um dann in den Folgejahren genau jene Menschen nicht vollumfänglich zu kompensieren, die den Großteil der Belastung tragen. Die Maßnahmen der Regierung der letzten zwei Jahre haben zu einer zunehmenden steuerlichen Bevorzugung von Teilzeit geführt. So lässt sich der Sozialstaat nicht auf Dauer auf diesem Niveau erhalten. Weitere Reformschritte sollten eine Gegenfinanzierung auf der Ausgabenseite finden. Um den Menschen einen Anreiz zu geben, sich voll einzubringen, muss die Steuerbelas-

tung des Faktors Arbeit weiter deutlich gesenkt werden. Insbesondere der starke Anstieg der Abgabenbelastung für Durchschnittsverdiener sollte abgebaut werden. In der OECD gehört Österreich nicht nur zu jenen Ländern mit der höchsten Abgabenbelastung für Arbeitnehmer. Wir gehören zudem zu den Ländern, in denen sich der finanzielle Unterschied zwischen Teilzeit- und Vollzeitarbeit am meisten für den Staat und am wenigsten für den Arbeitnehmer lohnt. Ziel sollte es sein, den Anstieg der Steuerbelastung für Durchschnittsverdiener zu entlasten. Dafür müssten die Spitzensteuersätze wie in Deutschland auch, erst deutlich später greifen. Auch sollten Familienleistungen direkt über das Budget und nicht über die Arbeitnehmer finanziert werden. Der Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) sollte entsprechend komplett gestrichen werden.

Hilfe gerne an jene, die sie brauchen. Glücklicherweise ist aber nicht das ganze Land auf staatliche Hilfen angewiesen.

— **Datenbasis für zukünftige Fördergelder erstellen:** Es ist ein Schmach aus der Corona-Zeit gewesen, dass der Staat nicht treffsicher helfen konnte, da ihm die notwendigen Daten fehlten. Da es aber auch keinerlei Bemühen gab, diese Daten zu erheben, fehlten sie in der Teuerungskrise gleich wieder. Diese Hilfszahlungen werden aber vermutlich nicht die letzten gewesen sein, auf die Teuerungskrise werden weitere Krisen folgen. Um zukünftig treffsicher helfen zu können, muss die Regierung jetzt eine entsprechende Datenbank aufbauen, damit die Gießkanne im Garten bleibt. Einkommensschwachen Haushalten wird auch in Zukunft geholfen werden müssen. Aber wer nicht bereit ist, seine Bedürftigkeit in Zukunft aus Datenschutzbedenken zu belegen, dem sollte der Staat dann auch nicht helfen müssen. Wenn der Staat die bereits existierenden Daten nicht kombinieren kann, braucht es in Zukunft zumindest ein Antragsystem. Hilfe gerne an jene, die sie brauchen. Glücklicherweise ist aber nicht das ganze Land auf staatliche Hilfen angewiesen. Auch Hilfen für Unternehmen sollten zukünftig besser aufgestellt werden. Zum einen sollte nur Unternehmen geholfen werden, die nicht bereits zuvor unwirtschaftlich agierten. Wenn der Staat das Geld der Steuerzahler an Unternehmen verteilt, dann sollen diese mit hoher

Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft noch in Österreich wertschöpfend agieren, ansonsten verschenkt die Politik nur Geld. Zudem gilt auch für Unternehmen, dass diese die Hilfen benötigen und nicht nur gerne „mitnehmen“.

— **Arbeitsmarktreform:** Das Land braucht wieder mehr Einzahler, sonst werden die Sozialsysteme nicht dauerhaft finanzierbar bleiben. In Österreich kann neben dem Bezug von Sozialleistungen abgabenfrei auch bis zu 500 Euro monatlich hinzuverdient werden. Was als Sprungbrett in den Arbeitsmarkt gedacht war, ist für viele aber ein Dauerzustand. In einem Land, in dem es praktisch überall an Arbeitskräften mangelt, sollte der Staat nicht die Inaktivität alimentieren. So sollte der geringfügige Zuverdienst zeitlich begrenzt werden. Außerdem kann durch eine Einschleifregel, wo ein Teil der Sozialhilfe bei Erweiterung des Arbeitsausmaßes behalten werden darf, die Anreize, in eine typische Beschäftigung zu wechseln, erhöht werden. Eine Reform braucht es auch weiterhin beim Arbeitslosengeld. Eine temporäre (höhere) Unterstützung durch den Staat ist richtig. Ein Dauerbezug aber kontraproduktiv. Daher sollte das Arbeitslosengeld zu Beginn höher ausfallen, mit der Zeit aber sinken und damit Arbeit wieder attraktiver werden. Um der Alterung entgegenzuwirken, sollten Pensionsversicherungsbeiträge für Pensionisten, die im Ruhestand weiterarbeiten, gestrichen werden. Da aber nicht nur finanzielle Anreize entscheidend sind, sollte auch das gesetzliche Antrittsalter angehoben werden und dies bereits frühzeitig beschlossen werden.

Das Land braucht wieder mehr Einzahler, sonst werden die Sozialsysteme nicht dauerhaft finanzierbar bleiben. In einem Land, in dem es praktisch überall an Arbeitskräften mangelt, sollte der Staat nicht die Inaktivität alimentieren.

**Eine wissenschaftliche Publikation
der Agenda Austria**

Herausgeber

Dr. Franz Schellhorn

Autoren

Dr. Dénes Kucsera

Dr. Jan Kluge

Mag. Hanno Lorenz

Begutachtung

PD Dr. Gerhard Reitschuler

Lektorat

Dr. Katharina Ebner

Infografiken

Ksenia Pogorelova, MA

Agenda Austria

Türkenstraße 25/1/10

1090 Wien

Österreich

T +43 1 361 99 61-0

office@agenda-austria.at